

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	13
		TOP:	9
	Verhandlung	Drucksache:	1067/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	23.01.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / de		
Betreff:	EU-Ausschreibung der Besonderen Schülerverkehre: Ernst-Abbe-Schule und Inklusion Region Ost für die Schuljahre 2019/2020 bis 2022/2023		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 03.01.2019, GRDRs 1067/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Besonderen Schülerverkehr an der Ernst-Abbe-Schule (SBBZ) und an den Inklusionsschulen der Region Ost ab dem Schuljahr 2019/2020 bis 2022/2023 neu auszuschreiben.
2. Das voraussichtliche Finanzierungsvolumen beträgt 1.070.000 Euro brutto. Die Ausgaben beziehen sich auf 4 Jahre (2019/2020 bis 2022/2023). Die Ausgaben für die ersten beiden Schuljahre (2019/2020 und 2020/2021) sind bereits im Rahmen der GRDRs 229/2017 genehmigt worden. Dem voraussichtlichen Finanzierungsvolumen von 535.000 Euro für die letzten beiden Schuljahre (2021/2022 und 2022/2023) wird zugestimmt. Die Finanzmittel in Höhe von rd. 535.000 Euro stehen im Teilergebnishaushalt 400 - Schulverwaltungsamt - zur Verfügung.
3. Es wird zugestimmt, dass die Vergabeentscheidung durch das Referat AKR (Mitzeichnung Referat JB) getroffen werden kann.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Bezugnehmend auf die Beschlussantragsziffer 3 der Vorlage verweist StRin Gröger (SPD) darauf, dass Vergabeentscheidungen seither immer durch eine Offenlegung im Verwaltungsausschuss erfolgt seien. Die Stadträtin plädiert dafür, auch in diesem Fall so zu verfahren. Den Beschlussantragsziffern 1 und 2 könne die SPD-Gemeinderatsfraktion dagegen zustimmen. Von BMin Fezer wird zugesagt, dass die Vergabeentscheidung durch Offenlage im Verwaltungsausschuss erfolgen solle. Die Bürgermeisterin betont, dass es zunächst einmal darum gehe, die Veröffentlichung der Ausschreibung auf den Weg zu bringen. In diesem Zusammenhang erklärt sie auch, die Tatsache, dass vor der Ausschreibung eine Beschlussvorlage eingebracht werde sei neu und ergebe sich durch die Vorgabe des Referats AKR/Zentraler Einkauf des Haupt- und Personalamtes.

Im Folgenden macht StRin Gröger darauf aufmerksam, dass es in jüngster Zeit immer wieder zu Beschwerden von Eltern und Schulleitungen im Zusammenhang mit den Besonderen Schülerverkehren aufgrund der Unzuverlässigkeit und mangelnder Qualität der Transporte gekommen sei. Die Stadträtin bittet darum, die Bedenken und Beschwerden bei der Vergabe zu berücksichtigen. BMin Fezer sagt dies zu und erklärt, dass man sich der aktuellen Probleme bewusst sei. Sie verspricht, dass das Referat JB sich bei der Auswahl der Bewerber aktiv beteiligen und den Erfahrungshintergrund aus dem Schulverwaltungsamt einbringen werde.

Danach stellt BMin Fezer Vorberatung der Vorlage ohne Beschlussantragsziffer 3 fest. Die Vergabeentscheidung erfolgt dann durch Offenlage in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses.

Zur Beurkundung

Krasovskij / de

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
weg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 5. Referat SI
SI-BB
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR